

Integrationsleitfaden für den Donnersbergkreis

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Landrat Rainer Guth	1
Vorwort der Integrationsbeauftragten Erika Steinert	2
1. Einleitung.....	3
2. Integrationsleitlinien des Donnersbergkreises	3
3. Handlungsfelder.....	6
3.1 Ankommen.....	6
3.2 Erwerb deutscher Sprachkenntnisse	9
3.3 Kita und Schule.....	12
3.4 Berufsausbildung und berufliche Integration.....	15
3.5 Gesellschaftliche Partizipation und Teilhabe	18
3.6 Gesellschaftlicher Status von Frauen, Geschlechterrollen.....	20
3.7 Gesundheit und Pflege	22
4. Planungs- und Koordinationsstruktur.....	25

Vorwort von Landrat Rainer Guth

Liebe Donnersbergerinnen und Donnersberger,

Warum ein Integrationsleitfaden für den Donnersbergkreis? Integration ist, wie wir alle wissen, eine große Herausforderung. Wir nehmen Menschen aus anderen Kulturen bei uns auf. Ganz praktisch stellen sich u.a. Fragen nach Wohnraum und Spracherwerb – gleichzeitig werden Arbeitskräfte gesucht. Der Integrationsleitfaden soll hier unter anderem Orientierung dazu geben, wie das eine mit dem anderen zusammenkommen kann. Dabei ist es unbedingt sinnvoll, bedarfsgerechte Lösungen zu ermöglichen, zugeschnitten auf unsere Region und auf unsere Lebenswelten rund um den Donnersberg. Der Integrationsleitfaden gibt hier Orientierung und ist ein weiterer Baustein in unseren Bemühungen um eine erfolgreiche Integration – im Sinne aller.

Der Donnersbergkreis zeichnet sich auch mit Blick auf die letzten Jahre durch viele gelungene Ansätze und Aktivitäten bzgl. Migration und Integration aus. Der Beirat für Migration und Integration sowie die Position der Integrationsbeauftragten des Kreises zeugen vom politischen Willen, die Integration zu befördern und aktiv zu gestalten. Unser Ansatz der dezentralen Unterbringung von Menschen, die zu uns kommen, und unsere Bemühungen, Migrantinnen und Migranten u.a. über die Gemeinnützige Beschäftigungs- und Qualifizierungs-GmbH in den Arbeitsmarkt zu bringen, sind wegweisend und haben großen Anteil daran, dass wir die Integration trotz der beträchtlichen Herausforderungen der letzten Jahre produktiv gestalten konnten. Gestützt und getragen werden die Bemühungen zur Integration dazu von zahlreichen engagierten Gruppen in allen Verbandsgemeinden, wie den Helferkreisen, und von hoch engagierten Menschen, die sich ehren- und hauptamtlich um Belange der Integration bemühen.

Es ist folgerichtig und es zeichnet unseren Integrationsleitfaden aus, dass er, ausgehend von dem Projekt „Weltoffene Kommune – vom Dialog zum Zusammenhalt“ und basierend auf einem Auftrag des Kreistags, in einem partizipativen Prozess entstanden ist. Ich danke allen Beteiligten für das große Engagement und für die Zeit, die sie investiert haben. Es hat einen besonderen Wert, dass wir in der Erstellung des Leitfadens Menschen und Gruppen rund um den Donnersberg zum Mitmachen und zum Mitdenken nicht nur eingeladen haben, sondern dass sie sich auch so zahlreich beteiligt haben.

Der wichtige Schritt der Fertigstellung des Leitfadens soll uns nicht darüber hinweg täuschen: Nicht jede Herausforderung lässt sich durch Engagement auffangen und Ressourcen haben Grenzen. Es ist und bleibt wichtig, dass Migration und Integration auch überregional sinnvoll gestaltet werden und dass die Kommunen zur Bewältigung ihrer Aufgaben von Bund und Land mit angemessenen Mitteln ausgestattet werden. Die kommunalen Spitzenverbände haben sich dazu in den letzten Jahren mehrfach deutlich geäußert.

Ihr

Rainer Guth

Vorwort der Integrationsbeauftragten Prof. Dr. Erika Steinert

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wie können neu Zugewanderte und Menschen mit Migrationshintergrund gut integriert werden? Wie kann kommunale Integrationsarbeit gelingen? So dass ein friedliches Zusammenleben in unserem Landkreis weiterhin möglich ist, wir auf Vielfalt setzen, die Zuwanderung von Menschen als Bereicherung verstanden wird, niemand ausgegrenzt wird und alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben. So die Vision, auf der nach meinem Dafürhalten ein Integrationsleitfaden aufbauen sollte.

Ein solcher Leitfaden soll den Akteurinnen und Akteuren und Adressatinnen und Adressaten der Integrationsarbeit als Orientierungsrahmen und Alltagshilfe dienen. Im Donnersbergkreis wurde er in einem partizipativen Prozess über mehr als 3 Jahre erarbeitet.

Der Donnersbergkreis gehört unter Beteiligung der Städte Kirchheimbolanden und Eisenberg sowie der Gemeinde Winnweiler zu den ersten 21 Modellkommunen, die am Projekt „Weltoffene Kommune – vom Dialog zum Zusammenhalt“ der Bertelsmann-Stiftung teilnahmen. Ein Selbstcheck-Workshop wurde im September 2020 durchgeführt, dabei wurde als ein zentrales Ziel die Erstellung eines Integrationsleitfadens festgehalten.

Der Kreistag erteilte daraufhin der Kreisverwaltung den Auftrag, strategische Ziele eines Integrationskonzeptes und seine weitere Erarbeitung in einem Auftaktworkshop festzulegen.

Kurz darauf, im Februar 2021, wurde das Konzept für einen Integrationsleitfaden an die Büro- und Abteilungsleiterin der Kreisverwaltung Donnersbergkreis zur Prüfung und Weiterleitung an den Kreistag übergeben. Erstellt wurde das Konzept gemeinsam von einer Vertreterin des Beirats für Migration und Integration, einer Mitarbeiterin der Abteilung Soziales der Kreisverwaltung und mir als der Integrationsbeauftragten des Donnersbergkreises.

Die Kickoff-Veranstaltung fand dann mehr als eineinhalb Jahre später, Anfang September 2022, statt. Eingeladen waren neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung alle gesellschaftlichen Akteure und Akteurinnen, die sich für die Integration von Zugewanderten engagieren. Deutlich wurde in dieser Veranstaltung, dass Integration als Aufgabe für Alle zu verstehen ist. Erschwert wird die Arbeit allerdings durch fehlende gesetzliche Vorgaben für Integration.

Von allen Beteiligten wurde es begrüßt, dass die Kreisverwaltung Unterstützung bei der Entwicklung des Leitfadens erhielt. Ein erfahrener Mitarbeiter des praxisorientierten Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH übernahm die Prozessgestaltung. Schon bald, Anfang Dezember 2022, wurde eine Steuerungsgruppe gebildet. Dieser kam die Aufgabe zu, die Erstellung des Leitfadens zu begleiten. Die Gruppe bestand aus Vertreter*innen der Ausländerbehörde, des Jugendamts, der Sozialabteilung, des Migrationsbeirats und mir als Integrationsbeauftragte des Donnersbergkreises.

Großen Wert legten wir auf einen partizipativen Prozess. Strategieworkshop, Auftaktworkshop, Workshops zu zentralen Handlungsfeldern– alle diese Meetings sollten eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft ermöglichen, um integrationsrelevante Inhalte und Ziele zu erarbeiten.

Nach einer intensiven Arbeitsphase von einem dreiviertel Jahr konnte schließlich in der Interkulturellen Woche die Erstellung des Integrationsleitfadens mit einem abschließenden Workshop am 26.09.2023 beendet werden. Diese Abschlussveranstaltung diente der öffentlichen Präsentation, gleichzeitig aber auch der Partizipation der Gäste, die noch einmal die Möglichkeit erhielten, Anregungen einzubringen.

Mit einer jährlichen Fortschrittsüberprüfung und Fortschreibung des Leitfadens wird seine praktische Umsetzung und Angemessenheit überprüfbar. Diese Aufgabe übernimmt für jedes Handlungsfeld eine Personengruppe, die bereits bei der Erarbeitung des Leitfadens aktiv war.

Der jahrelange Prozess am Leitfaden hat sich gelohnt, der Zeitpunkt der Veröffentlichung im Rahmen der Interkulturellen Woche war gut gewählt, denn mit dem Integrationsleitfaden leisten wir im Donnersbergkreis einen grundlegenden Beitrag zu dem bundesweiten Motto der Interkulturellen Woche „Neue Räume“. Neue Räume haben wir in den einzelnen Arbeitsphasen für die Integration Geflüchteter und Migrant*innen ebenso wie die Integration von Alteingesessenen erkannt. Dass diese Räume nach der Verabschiedung des Integrationsleitfadens im Kreistag mit Leben gefüllt werden, dafür sind die Zivilgesellschaft, die Helferkreise, aber auch Behörden und öffentliche Stellen verantwortlich.

Mein Dank gilt allen, die sich aktiv in die Erarbeitung des Leitfadens eingebracht haben. Insbesondere danke ich Thomas Koepf vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH, der stets den Überblick bewahrte, Frau Mattern-Denzer, die unermüdlich die Meetings organisierte, daran teilnahm und über die Ergebnisse informierte. Ich danke den Mitgliedern der Steuerungsgruppe, die sich kreativ und konstruktiv einbrachten, ich danke allen Helfern und Helferinnen, die kenntnisreich Schwachstellen in der Integrationsarbeit markierten und für die Alltagstauglichkeit des Leitfadens sorgten.

Ihre

Erika Steinert

1 Einleitung

Der vorliegende Integrationsleitfaden soll den Rahmen für die Umsetzung der Integrationsarbeit im Donnersbergkreis in den nächsten Jahren darstellen. Er enthält Aussagen über das Integrationsverständnis und Integrationsleitlinien, beschreibt wichtige Herausforderungen und legt für verschiedene Handlungsfelder Ziele und Maßnahmen fest. Die Inhalte dieses Rahmenwerks sind in einem Beteiligungsprozess mit zahlreichen Akteuren innerhalb und außerhalb der Verwaltung erarbeitet worden.

Einer bewussten Entscheidung folgend ist der Integrationsleitfaden noch kein Planungsdokument für die Umsetzung konkreter Aktivitäten. Denn zum einen ändern sich die Rahmenbedingungen und dadurch konkrete Bedarfslagen und Handlungspotenziale für die Integrationsarbeit gegenwärtig sehr viel schneller als der Integrationsleitfaden aktualisiert werden könnte. Zum anderen hängt die Realisierung von Maßnahmen immer auch von den aktuell verfügbaren Ressourcen und Potenzialen der verschiedenen Akteure ab, die sich verändern können und immer wieder neu überprüft und bestimmt werden müssen. Damit der Integrationsleitfaden nicht schon in kurzer Zeit von der Realität überholt wird, beschreibt er daher zunächst nur die Felder und die Richtung von notwendig erachteten Veränderungen. Davon ausgehend ist es vorgesehen, mindestens einmal pro Jahr eine konkrete und realistische Planung vorzunehmen, welche Aktivitäten dazu von wem umgesetzt werden sollen. Im diesem Rahmen ist es ebenfalls beabsichtigt, auf die umgesetzten Aktivitäten und die erreichten Fortschritte zurückzublicken und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Die Ergebnisse sollen dann in gesonderten, einfach fortzuschreibenden Dokumenten festgehalten werden.

Zuwanderung ist mit großen Chancen für unser Land und unseren Landkreis verbunden, aber auch mit Herausforderungen, die bearbeitet und Risiken, die verringert bzw. vermieden werden müssen. Wie dies gelingen und gestaltet werden kann, muss in der konkreten Analyse und Planung zu den einzelnen Handlungsfeldern unter Berücksichtigung der politischen Bewertungen beantwortet werden. Der Handlungsspielraum kommunaler Integrationspolitik und -arbeit wird dabei in hohem Maße von bundes- und landespolitischen Vorgaben und Entscheidungen bestimmt. Das Erreichen von Fortschritten in der kommunalen Integrationsarbeit hängt daher sehr stark davon ab, inwieweit der bundes- und landespolitische Rahmen diese befördert oder erschwert.

In Kapitel 2 dieses Integrationsleitfadens werden das Integrationsverständnis und die Integrationsleitlinien des Donnersbergkreises aufgeführt. Kapitel 3 enthält eine Darstellung der Ziele und Maßnahmen zu sieben Handlungsfeldern, die im Rahmen des Beteiligungsprozesses bearbeitet wurden. In Kapitel 4 werden Formate und Verfahren skizziert, die für die jährliche Überprüfung von Integrationsmaßnahmen und -erfolgen sowie für die Fortschreibung der Planung genutzt werden sollen.

2 Integrationsleitlinien des Donnersbergkreises

Die nachfolgend dargestellten Integrationsleitlinien des Donnersbergkreises wurden von den Teilnehmenden einer Veranstaltung erarbeitet, die den Auftakt des Prozess zur Erstellung des Integrationsleitfadens markierte. Sie beschreiben das Integrationsverständnis der am Prozess beteiligten Personen und dienen dazu, den Akteuren der Integrationsarbeit eine Orientierung für die Ausgestaltung von Maßnahmen in den verschiedenen Handlungsfeldern zu geben.

Vielfalt und Zusammengehörigkeit

- Wir verstehen Zuwanderung und die daraus resultierende kulturelle Vielfalt als Bereicherung für unseren Landkreis.
- Das Zusammenleben in unserer pluralistischen Gesellschaft ermöglicht eine Vielfalt von Wertvorstellungen und Überzeugungen, die wir respektieren.
- Erfolgreiche Integration bedeutet, die Menschen in ihrer Vielfältigkeit zu verbinden und ein gemeinsames „Wir“ sowie ein Gefühl von Zugehörigkeit zu schaffen.

Respekt und Anerkennung von Grundwerten

- Die im Grundgesetz beschriebene Werteordnung ist die Basis für unser gesellschaftliches Zusammenleben.
- Die Aneignung und Anerkennung von Grundwerten und gemeinsamen Spielregeln im Alltag ist das Resultat eines Prozesses und erfordert Dialog.
- Wechselseitiger Respekt und Wertschätzung sind für uns handlungsleitend.

Teilhabe und Chancengerechtigkeit

- Der Integrationsprozess zielt auf eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft an den ökonomischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft.
- Im Integrationsprozess geht es darum, neuzugewanderten Menschen einen Platz in der Aufnahmegesellschaft und eine Zukunftsperspektive anzubieten.
- Alle Menschen sollen die gleichen Chancen erhalten, ihr Leben zu gestalten und etwas zu erreichen.

Hilfe zur Selbsthilfe und Selbstverantwortung

- Der Integrationsprozess soll zugewanderten Personen eine Hilfe zur Selbsthilfe bei der Bewältigung der verschiedenen Aufgaben in ihrem neuen Lebensumfeld geben.
- Gleichzeitig wird erwartet, dass sich zugewanderte Personen um eine Integration in das Gemeinwesen bemühen und eine zunehmende Eigenverantwortung für die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse übernehmen.

Gestaltung des Integrationsprozesses

- Integration betrachten wir als einen langfristigen Prozess. Um die erforderlichen Einzeletappen erreichen zu können, müssen praktikable Wege gesucht und beschritten werden.
- Angebote und Leistungen, die für die Integration von Neuzugewanderten grundlegend sind, müssen gut abgestimmt und verkettet sein.
- Im Integrationsprozess steht für uns die individuelle Person mit ihren Merkmalen, Potenzialen und Bedürfnissen im Mittelpunkt.

Sprache

- Hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache sind eine zentrale Bedingung für eine erfolgreiche Integration. Daher wird die Bereitschaft zum Erwerb von Deutschkenntnissen vorausgesetzt.
- „Einfache Sprache“ soll in Behörden und Organisationen so weit wie möglich als Standard für die schriftliche Kommunikation verwendet werden.

3 Handlungsfelder

Im Rahmen des durchgeführten Beteiligungsprozesses wurden in jeweils zwei Workshops sieben Handlungsfelder bearbeitet:

- (1) Ankommen
- (2) Erwerb deutscher Sprachkenntnisse
- (3) Kita und Schule
- (4) Berufsausbildung und berufliche Integration
- (5) Gesellschaftliche Partizipation und Teilhabe
- (6) Gesellschaftlicher Status von Frauen, Geschlechterrollen
- (7) Gesundheit und Pflege

Ein Thema, das sich durch alle Handlungsfelder zog, war die Herausforderung in einem Flächenlandkreis wie dem Donnersbergkreis, dass Teilnahme- und Teilhabemöglichkeiten immer auch mit einer Gewährleistung von Mobilität verbunden ist.

Jedes Handlungsfeld ist in Sub-Handlungsfelder unterteilt, zu denen zunächst die in den Workshops als vordringlich genannten Herausforderungen im Donnersbergkreis und anschließend Ziele und Maßnahmen dargestellt werden. Die in den Workshops angesprochenen Aktivitäten zu Maßnahmen – entweder bereits umgesetzt oder geplant – werden nicht in diesem Leitfaden aufgeführt, da sich diese kurzfristig verändern können. Stattdessen finden diese Aufnahme in einem gesonderten Dokument, das jährlich überprüft und fortgeschrieben werden soll.

3.1 Ankommen

Für eine erfolgreiche Integration von zugewanderten Menschen – unabhängig von den Gründen ihrer Zuwanderung – ist es wichtig, dass sich die Menschen schnell in der neuen Umgebung zurechtfinden. Dieses Zurechtfinden bezieht sich auf unterschiedliche Aspekte wie u. a. die räumliche Orientierung im Wohnort oder Landkreis, die Übersicht über die zuständigen Stellen für eine Vielzahl von Bedürfnissen und Erfordernissen, der Zugang zu einem Deutschkurs, aber auch das Kennenlernen von Werten, Rechten und Pflichten sowie Verhaltenskonventionen in der Aufnahmegesellschaft. Neuzugewanderte Menschen benötigen in vielerlei Hinsicht Beratung und Unterstützung, um in einem Gemeinwesen anzukommen. Eine sofortige Versorgung mit Wohnraum ist eines der ersten Grundbedürfnisse. Mit fortschreitender Dauer des Aufenthalts ist es wichtig, dass zugewanderte Menschen selbstständiger werden und sich um die Erfüllung ihrer Bedürfnisse mehr und mehr eigenverantwortlich kümmern können.

Sub-Handlungsfeld „Grundinformationen und Hilfestellungen für Neuzugewanderte“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Es gibt im Landkreis keine aktuelle Zusammenstellung von Informationen, die zur Erstorien-
tierung von Neuzugewanderten dienen und von wichtigen Anlaufstellen – wie z .B. den So-
zialämtern in den Verbandsgemeinden – ausgegeben werden könnte.
- Das für die Beantragung von Sozialleistungen erforderliche Ausfüllen von Formularen stellt
für viele Anspruchsberechtigte mit (noch) geringen Deutschkenntnissen eine Hürde dar und
erfordert von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Personen in der Integrationsberatung ei-
nen hohen Zeitaufwand für Übersetzungen und Erläuterungen.
- Zugewanderte müssen sich in einer Aufnahmegesellschaft zurechtfinden, in der sich Werte,
Rechte und Pflichten sowie Verhaltenskonventionen und Regeln des Zusammenlebens
teilweise von denen in ihren Herkunftsländern unterscheiden.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Grundinformationen und Hilfestellungen für Neuzugewanderte“	
Neuzugewanderte erhalten frühzeitig grundlegende Informationen, die ihnen eine gute Erstorien- tierung in der Ver- bandsgemeinde und im Landkreis er- möglichen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erstellung und gezielte Ausgabe eines mehrsprachigen Infopakets mit grundlegenden Informationen, Lageplänen, Anlaufstellen, Dienstleistungsangeboten und sonstigem Wissenswertem (Verbandsgemeinde-spezifisch und über- greifend) in einer gedruckten und digitalen Version ▪ Einführung und kontinuierliche Aktualisierung der digitalen Informations-Plattform „Integreat“ (Integreat-App)
Hürden bei Beantragung von Sozialleis- tungen durch zugewanderte und andere Anspruchsberechtigte werden abge- baut.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Information der Akteure der Integrationsarbeit über den Stand der Digitalisierung von Antragsstrecken (inklusive der möglichen mehrsprachigen Antragsstellung) für Lei- stungsgewährungen durch das Jobcenter ▪ Kontinuierliche Überprüfung über Optimierungsmöglich- keiten des Austausches zwischen verschiedenen Behör- den
Neuzugewanderte werden über zentrale Werte, Rechte und Pflichten sowie Ver- haltenskonventionen in der Aufnahme- gesellschaft informiert.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erläuterung von Werten, Rechten, Pflichten und wichtigen Verhaltensregeln in niedrigschwelligen Begegnungsforma- ten und über mehrsprachige Erklärfilme

Sub-Handlungsfeld „Unterbringung von Neuzugewanderten“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- In den Gemeinden werden leerstehende Wohnungen aus unterschiedlichen Gründen nicht
an Geflüchtete vermietet. Hierzu zählen u. a. Verständigungsschwierigkeiten zwischen
vermietenden und interessierten Personen, fehlende Kenntnisse über die von Sozialämtern
ggfs. übernommenen Kosten, Sorge der vermietenden Personen vor Mietrückständen und
nicht bezahlten Nebenkosten, schlechten Erfahrungen bei einer vorangegangenen Vermie-
tung, aber auch diskriminierendes Verhalten gegenüber Personengruppen.

- Genereller Mangel von Sozialwohnungen bzw. Wohnraum mit günstigen Mieten.
- Wenn Leistungen für Geflüchtete nach einem Rechtskreiswechsel nicht auf der Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes, sondern des SGB II gewährt werden, endet die Pflicht der Verbandsgemeinden zur Unterbringung von zugewiesenen Geflüchteten. Der Aufforderung, eine bereitgestellte Wohnung zu verlassen, kommen die betroffenen Personen nicht immer nach (u. a. wegen erfolgloser Suche nach anderem Wohnraum). Die Wohnung steht somit nicht für die Erstunterbringung neu zugewiesener Personen zur Verfügung.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Unterbringung von Neuzugewanderten“	
Neuzugewanderte werden bei der Suche und Anmietung einer Wohnung unterstützt.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Im Bedarfsfall Begleitung von wohnungssuchenden Zugewanderten bei der Suche und Anmietung einer Wohnung (z. B. durch Arbeitgeber, Helferkreise)
Vorbehalte von Vermieterinnen und Vermietern gegenüber der Vermietung von Wohnraum an Geflüchtete werden aufgegriffen und nach Möglichkeit ausgeräumt.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufklärung von Mieterinnen und Mieter über häufige Konfliktursachen mit Vermieterinnen und Vermietern und über deren Vermeidung ▪ Information von Vermieterinnen und Vermietern über Möglichkeiten zur Verringerung potenzieller Anlässe für Konflikte mit Mieterinnen und Mietern
Im Umgang mit Fällen einer endenden Unterbringungspflicht von Geflüchteten durch die Verbandsgemeinden wird die Lage auf dem Wohnungsmarkt und die Initiative der jeweiligen Person berücksichtigt.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Flexibler, einzelfallbezogener Umgang mit der Durchsetzung einer Aufforderung zum Verlassen einer zugewiesenen Wohnung nach einem Rechtskreiswechsel, wenn Geflüchtete nachweisen können, dass sie sich erfolglos um eine andere Wohnung bemüht haben.

Sub-Handlungsfeld „Stärkung der Eigeninitiative von Neuzugewanderten“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Wenn Sozialleistungen für Geflüchtete nach ihrer Anerkennung als Schutzberechtigte nicht mehr auf der Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes, sondern nach Maßgabe des SGB II gewährt werden, endet die bis dahin erfolgte enge Betreuung von Geflüchteten und fordert von diesen eine stärkere Selbstverantwortung. Auf diesen Übergang müssen die betroffenen Personen vorbereitet werden, damit er gut gelingt.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Stärkung der Eigeninitiative von Neuzugewanderten“	
Geflüchtete werden frühzeitig über die Folgen eines Rechtskreiswechsels vom AsylbLG zum SGB II informiert und in ihrer Selbstverantwortung gestärkt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Frühzeitige Information von Geflüchteten über die Folgen des Rechtskreiswechsels ▪ Anleitung von Geflüchteten zur Übernahme von Selbstverantwortung

Sub-Handlungsfeld „Kapazitäten in der haupt- und ehrenamtlichen Integrationsarbeit“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Die Anzahl der Personen, die zugewanderte Personen in ehrenamtlicher Arbeit betreuen, ist (wie generell das ehrenamtliche Engagement) stark rückläufig. Viele der aktuell im Landkreis Engagierten werden aus Altersgründen ihre Tätigkeit in absehbarer Zeit beenden und voraussichtlich nicht durch Personen jüngeren Alters ersetzt.
- Anders als in früheren Jahren gibt es in den Verbandsgemeinden keine Personalstelle für Sozialarbeit mehr. Gleichzeitig besteht ein hoher Bedarf an Sozialarbeit (in Bezug auf unterschiedliche Zielgruppen), der von den freien Trägern nicht gedeckt werden kann.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Kapazitäten in der haupt- und ehrenamtlichen Integrationsarbeit“	
Ehrenamtliches Engagement in der Integrationsarbeit (und in anderen Bereichen) wird ausdrücklich anerkannt und wertgeschätzt.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung von Ansatzpunkten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und Beteiligungsmöglichkeiten hinsichtlich ehrenamtlicher Arbeit ▪ Entwicklung neuer Formen der Information und Ansprache der Bevölkerung zur Förderung der Bereitschaft zum Engagement
Auf der Ebene der Verbandsgemeinden sind Personalstellen für Sozialarbeit (zugunsten aller potenziellen Zielgruppen) eingerichtet.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Prüfung der Möglichkeiten, in jeder Verbandsgemeinde eine Personalstelle für Sozialarbeit (nicht nur mit dem Fokus auf Geflüchtete) einzurichten

3.2 Erwerb deutscher Sprachkenntnisse

Hinreichende Deutschkenntnisse sind eine entscheidende Voraussetzung für die Integration von Zugewanderten, da sie es ermöglichen, sich im Alltag zurechtzufinden, soziale Kontakte zu knüpfen, erfolgreich an Bildungs- und Ausbildungsangeboten teilzunehmen, mit größeren Chancen zu einer gewünschten existenzsichernden Berufstätigkeit zu gelangen und insgesamt ein eigenständiges Leben zu führen. Dies setzt voraus, dass einerseits ein hinreichendes Angebot an Deutschkursen existiert, andererseits die Bereitschaft und die Rahmenbedingungen zur Teilnahme an Kursangeboten gegeben sind. Die generelle Berücksichtigung einer „einfachen Sprache“ in der schriftlichen Kommunikation von Verwaltungen und Organisationen erleichtert nicht nur Zugewanderten das Verstehen.

Sub-Handlungsfeld „Angebot an Deutschkursen“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Es stehen nicht immer ausreichend Sprachlehrkräfte für Deutschkurse – v.a. im Bereich der Deutsch-Einstiegskurse (Sprachniveau A1/A2) – zur Verfügung. Eine nicht mögliche Teil-

nahme am Deutsch-Einstiegskurs kann eine Hürde für die Teilnahme am Integrationskurs sein.

- Es gibt einen Bedarf an Alphabetisierungskursen, um Personen die Teilnahme an den regulären Deutsch-Sprachkursen zu ermöglichen.
- Es gibt einen Bedarf an berufsbezogenen Deutschkursen.
- Es gibt in Ergänzung zu den Sprachkursen nur wenige Angebote zur niedrighschwelligen Vermittlung und Einübung der deutschen Sprache.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Angebot an Deutschkursen“	
Eine ausreichendes Angebot an Deutsch-Sprachkursen steht zur Verfügung.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kontinuierliche Prüfung des Bedarfs an Angeboten und Bereitstellung entsprechender Kurse durch die Sprachkursträger im Rahmen ihrer verfügbaren Ressourcen und Kapazitäten
Eine ausreichende Anzahl von Sprachlehrkräften steht zur Verfügung.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schulung von Quereinsteigern zu Lehrkräften für Deutschkurse zur Kompensierung eines auftretenden Mangels an hauptamtlichen Lehrkräften ▪ Rekrutierung und Vorbereitung von Trainerinnen und Trainern, die Quereinsteiger anlernen können ▪ Quereinsteiger*innen wurden als Lehrkräfte für Deutschkurse geschult
Im Landkreis besteht ein flächendeckendes Angebot zur niedrighschwelligen Vermittlung grundlegender Sprachkenntnisse.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einrichtung, Organisation und Durchführung von Sprachtreffs unter Leitung von Ehrenamtlichen in verschiedenen Orten des Landkreises ▪ Anleitung und Begleitung eines Pools von Ehrenamtlichen für diesen Zweck ▪ Rekrutierung von Teilnehmenden für die Sprachtreffs durch die Orts- und Verbandsgemeinden, die Sprachkursträger und andere Akteure
Eine ausreichendes Angebot an Alphabetisierungskursen steht zur Verfügung.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kontinuierliche Prüfung des Bedarfs an Angeboten und Bereitstellung entsprechender Kurse durch die Sprachkursträger im Rahmen ihrer verfügbaren Ressourcen und Kapazitäten
Ein ausreichendes Angebot an berufsbezogenen Deutschkursen steht zur Verfügung.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erstellung und Umsetzung eines Konzepts zur Durchführung niedrighschwelliger Deutschkurse für ausgewählte Sektoren (ggfs. in Kooperation mit Unternehmen)
Die vorhandenen Platzkapazitäten von Deutsch-Sprachkursen werden ausgeschöpft.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Eingeführte Verfahren und Absprachen ermöglichen es, dass frei bleibende oder werdende Plätze in einem Kurs ggfs. zeitnah nachbesetzt werden können
Die Herausforderung weiter Anreisewege zu einem Sprachkurs wird durch ein dem Bedarf entsprechenden Angebot in allen Sitzgemeinden der Verbandsgemeinden gemindert.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verknüpfung von Sprachkursangeboten mit tagesstrukturierenden Angeboten der Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft, für die (aktuell) eine ÖPNV-Kostenerstattung besteht

Sub-Handlungsfeld „Förderung einer Teilnahme an Deutschkursen“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Das fehlende Angebot einer Kinderbetreuung im Zusammenhang mit Deutschkursen ist für Frauen mit kleinen Kindern ohne eine andere Möglichkeit der Betreuung häufig eine erhebliche Hürde für eine Teilnahme. Fördermittelgeber von Kursen knüpfen an ein Betreuungsangebots die Anforderung einer Ausübung durch qualifizierte Fachkräfte.
- Neuzugewanderte, die Anspruch auf einen Deutschkurs haben, erfassen nicht immer den Inhalt und die Bedeutung von schriftlichen Informationen und Einladungen zu einem Sprachkurs-Angebot. Manche beziehen das Angebot nicht auf sich und greifen es deshalb nicht auf. Einigen ist nicht bewusst, dass der Besuch des Kurses für sie kostenfrei ist.
- Menschen mit einem Bedarf an einem Deutschkurs finden nicht in jeder Verbandsgemeinde ein passendes Angebot vor. Die Teilnahme an einem Kurs in einem anderen Ort im Landkreis als dem eigenen Wohnort setzt Mobilität voraus, die häufig nicht gegeben ist. Da Fahrtkosten zum Durchführungsort eines Sprachkurses nicht erstattet werden, kann dies für Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten eine Hürde sein.
- Die Motivation zur Teilnahme an einem Deutschkurs ist nicht immer gegeben.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Förderung einer Teilnahme an Deutschkursen“	
Für die Notwendigkeit einer Betreuung von eigenen Kindern gibt es Lösungen, die Müttern oder Vätern den Besuch eines Sprachkurses ermöglichen.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufklärung und ggfs. Unterstützung von Müttern oder Vätern bei der Beantragung eines Kita-Platzes; Beratung zu weiteren Möglichkeiten der Kinderbetreuung im Falle einer Absage ▪ Prüfung und Verfolgung von Möglichkeiten einer Anwerbung von fachlich geeigneten Personen für eine ehrenamtliche Kinderbetreuung ▪ Beratung und ggfs. Unterstützung zu Möglichkeiten einer selbstorganisierten Kinderbetreuung
Anspruchsberechtigte an einem Deutschkurs werden von den Informationen dazu erreicht.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Hinweis auf aktuelle Deutschkursangebote und deren Bedeutung in den Sozialämtern der Verbandsgemeinden auf der Basis eines kontinuierlichen Austausches zwischen Sprachkursträgern und Sozialämtern über Kursangebote und in Frage kommende Teilnehmende ▪ Information und Motivation der Anspruchsberechtigten an einem Deutschkurs über aktuelle Angebote auch im persönlichen Kontakt (z. B. durch Helferkreise) ▪ Nutzung der Integreat-App für die Information über aktuelle Deutschkurs-Angebote
Die Motivation zur Teilnahme an einem Deutsch-Sprachkurs wird durch lebensweltliche Bezüge der Kurse gefördert.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Berücksichtigung von lebensweltlichen Bezügen in Curricula und Didaktik von Sprachkursen ▪ Nutzung von Gelegenheiten des Austausches mit Neuzugewanderten zur ständigen Betonung der Bedeutung der Sprache für berufliche Chancen und Verdienstmöglichkeiten sowie ggfs. der Bedeutung hinreichender Sprach-

Ziele	Maßnahmen
	Kenntnisse für Geduldete für die Gewinnung von Bleibeperspektiven im Rahmen des Chancen-Aufenthaltsrechts

Sub-Handlungsfeld „Einfache und leichte Sprache, Dolmetscherdienste“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Schriftliche Informationen der Verwaltung sind häufig in einer komplexen Sprache formuliert, die für Menschen mit (noch) geringen Deutschkenntnissen, aber auch für Menschen mit einer Leseschwäche oft schwer zu verstehen sind.
- Im Kontakt zwischen Neuzugewanderten und den Anbietern von unterschiedlichen Dienstleistungen (u. a. im medizinischen Bereich) ist die Verständigung häufig nur über dolmetschende Personen möglich. Nicht selten müssen die eigenen Kinder diese Aufgabe übernehmen. Der in der Verwaltung bestehende Pool von Sprachmittlern und -mittlerinnen ist nur für rechtlich relevante Fälle vorgesehen.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Einfache und leichte Sprache, Dolmetscherdienste“	
Schriftliche Informationen der Verwaltung werden in einfacher Sprache formuliert, um weiten Bevölkerungsteilen das Verstehen zu erleichtern	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fortbildung von Verwaltungsmitarbeitenden in der Verwendung von einfacher und leichter Sprache ▪ Verbreitung von bestehenden Handreichungen zu einfacher und leichter Sprache
Ausgewählte schriftliche Informationen der Verwaltung werden in leichter Sprache formuliert, um spezifischen Zielgruppen das Verstehen zu erleichtern	
Es steht ein ausreichendes Angebot an Dolmetschern und Dolmetscherinnen zur Verfügung, die ohne oder mit erschwinglichen Kosten in Anspruch genommen werden können.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufbau eines Dolmetscher-Pools für einfache Bedarfssituationen (keine sensiblen Inhalte, keine Relevanz von Datenschutzbelangen)

3.3

Kita und Schule

Der Besuch einer Kita ist für (zugewanderte) Kinder mit Migrationsgeschichte besonders wichtig. Dort erhalten sie eine sprachliche Förderung wie auch eine Förderung ihrer kognitiven Fähigkeiten und kreativen Ausdrucksmöglichkeiten. Die sind wiederum eine wichtige Basis für ihren weiteren Bildungsweg. Der Kontakt mit anderen Kindern fördert zudem ihre soziale Integration und das Bewusstsein, Teil einer Gemeinschaft zu sein. Neuzugewanderte Eltern müssen sich das Wissen über die Bedeutung der Kita und die Verfahren zur Erlangung eines Kita-Platzes erst noch aneignen.

In den Schulen verdichten sich verschiedene Herausforderungen der Integration. In den Klassen treffen Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Deutschkenntnissen, kulturellen Hin-

tergründen, unterschiedlicher Vorbildung sowie unterschiedlichen, teilweise traumatischen Lebenserfahrungen aufeinander. Die Möglichkeiten des individuellen Eingehens auf diese Vielfalt sind oft begrenzt. Während die schulische Bildung grundsätzlich Ländersache ist, liegen wichtige kommunale Handlungsfelder im Auf- und Ausbau von Kooperationen zwischen schulischen und außerschulischen Akteuren im Sozialraum.

Sub-Handlungsfeld „Angebot an Kita-Plätzen und Kita-Fachkräften“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Vor dem Hintergrund einer insgesamt nicht ausreichenden Anzahl von Kita-Plätzen im Landkreis ist es für zugewanderte Menschen – mit geringen Sprachkenntnissen, Verfahrenkenntnissen und Kontakten – schwierig, sich um einen Platz zu bemühen.
- Die Anzahl von zusätzlich zuwandernden Kindern ist nicht vorhersehbar und kann daher in der Kita-Bedarfsplanung nicht eingeplant werden.
- Es fehlt generell an Kita-Fachkräften. Im Falle von zugewanderten Kindern und Eltern ist der Zeitbedarf für Kita-Sozialarbeit teilweise noch höher.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Angebot an Kita-Plätzen und Kita-Fachkräften“	
Alle Bevölkerungsgruppen im Landkreis haben gleiche Zugangschancen zu einer ausreichenden Anzahl von Kita-Plätzen.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beseitigung von Informationsdefiziten in der Bevölkerung zu Ansprüchen und Verfahren hinsichtlich des Erhalts eines Kita-Platzes ▪ Stärkung von benachteiligten Gruppen im Hinblick auf eine Verfolgung ihrer Ansprüche
Das Potenzial von zugewanderten Personen mit Qualifikationen in der Kinderbetreuung wird erschlossen und genutzt.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erhebung des Potenzials an Fachkräften unter zugewanderten Personen, die über Grundqualifikationen in der Kinderbetreuung verfügen. ▪ Information über und Nutzung der Möglichkeiten des Quereinstiegs als pädagogische Fachkraft

Sub-Handlungsfeld „Information, Kommunikation und Partizipation in der Kita“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Neuzugewanderten Eltern fehlt häufig noch das Wissen über das Kita-System und den Auftrag der Kitas.
- Bei Aufnahme-, Eltern- und Entwicklungsgesprächen bestehen häufig sprachliche Barrieren aufgrund von geringen Deutschkenntnissen der Eltern. Die sprachlichen Barrieren wirken sich zudem negativ auf den Zugang zu Leistungen zur Integrationsförderung aus
- Die Perspektive von Eltern mit Migrationsgeschichte zu Herausforderungen, Bedürfnissen und Wünschen ist in den Elternausschüssen der Kitas meist nicht vertreten.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Information, Kommunikation und Partizipation“	
Zugewanderte Eltern sind über das Kita-System und den Auftrag der Kitas gut informiert.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Nutzung der in mehreren Sprachen verfügbaren Informationsbroschüren über das Kita-System sowie der mehrsprachig und in leichter Sprache verfügbaren Materialien zum rheinland-pfälzischen Kita-Gesetz ▪ Nutzung der Vernetzung der Kitas mit Akteuren im Sozialraum für die Information und stärkere Einbindung von zugewanderten Eltern ▪ Nutzung der Sprachtreffs und anderer niedrigschwelliger Treffpunkte, um über das Kita-System zu informieren
Die Möglichkeiten zur Überwindung von sprachlichen Barrieren in der Kommunikation mit den Eltern von Kindern in der Kita werden genutzt.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Inanspruchnahme von Übersetzungs- und Dolmetscher-Apps ▪ Einsatz von verfügbaren Bildwörterbüchern für den Kita-Bereich ▪ Nutzung der Sprachenvielfalt in den Kita-Teams ▪ Inanspruchnahme eines bei der Ausländerbehörde angesiedelten Dolmetscher-Pools für rechtlich erhebliche Gesprächsinhalte
In den Elternausschüssen sind Eltern mit Migrationsgeschichte vertreten.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aktive Ansprache von Eltern mit Migrationsgeschichte, um sie für die Mitarbeit in Elternausschüssen zu gewinnen

Sub-Handlungsfeld „Überwindung von Hemmnissen für schulische Integration“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen (im potenziellen Zuständigkeitsbereich der Kommune) genannt:

Folgende wichtigsten Herausforderungen wurden in den Workshops genannt:

- Zugewanderte Familien haben häufig noch Wissenslücken über Institutionen, Bildungsgänge und Zugangswege des Bildungssystems.
- Für eine Schaffung oder Ausweitung von integrationsfördernden Angeboten auch für zugewanderte Eltern in den Schulen (z. B. durch parallele Sprachkurse) fehlt es an den dafür erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen.
- Beschränkte zeitliche und personelle Ressourcen hemmen eine stärkere Beteiligung von außerschulischen Akteuren am Ganztagsangebot von Schulen.
- Die Notwendigkeit für Kinder und Jugendliche zum schnellen Erwerb von Deutschkenntnissen wird durch Möglichkeiten wie Übersetzungshilfen, Internetangebote in der eigenen Sprache, Freizeitgestaltung in eigenen Sprach-Communities abgeschwächt. Die Selbstverantwortung zur Verbesserung der Deutschkenntnisse wird nicht ausreichend wahrgenommen.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Überwindung von Hemmnissen für schulische Integration“	
Zugewanderte Familien sind gut über die Institutionen, Bildungsgänge und Zugangsverfahren des Schulsystems informiert	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung eines Konzepts zur Information über das Schulsystem
Schulen und Kommunalverwaltung haben einen gleichen Wissensstand zu Hemmnissen und ein gemeinsames Verständnis zu notwendigen Ansätzen für eine gute schulische Integration	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung und Umsetzung von niedrigschwelligen Austauschformaten zwischen Vertreterinnen und Vertretern von Schulen und der Kommunalverwaltung
Spezifische Bedarfslagen und Lösungsmöglichkeiten bezüglich der schulischen Integration im Landkreis sind im rheinland-pfälzischen Bildungsministerium bekannt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Überprüfung der Möglichkeiten für eine Optimierung der Kommunikation und Zusammenarbeit
Möglichkeiten außerschulischer Akteure zur Förderung von sprachlicher und sozialer Integration in der Schule werden genutzt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausweitung der Angebote von außerschulischen Akteuren in die Ganztagschule zur Schaffung weiterer Gelegenheiten der sprachlichen und sozialen Integration ▪ Entwicklung von Möglichkeiten weiterer Vernetzung von schulischen und außerschulischen Angeboten im Sozialraum
Schülerinnen und Schüler erlernen und erfahren innerhalb und außerhalb der Schule die Bedeutung von demokratischen Grundwerten, Rechten und Pflichten sowie der Übernahme von individueller Verantwortung für eine funktionierende Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung und Umsetzung von (vernetzten) Angeboten und Erfahrungsräumen

3.4 Berufsausbildung und berufliche Integration

Mit dem Übergang von der Schule in eine Ausbildung oder einen Beruf ergeben sich für junge Menschen Weichenstellungen, die häufig den gesamten beruflichen Werdegang und persönlichen Lebensweg vorbestimmen. Umso wichtiger ist eine gute Berufsvorbereitung und ein gutes Unterstützungssystem, um passend zu den jeweiligen individuellen Voraussetzungen und Interessen verschiedene Möglichkeiten aufzuzeigen und Perspektiven zu vermitteln. Junge Menschen mit Migrationsgeschichte haben diesbezüglich oft Nachteile, da sie über weniger berufs- und arbeitsmarktbezogene Kenntnisse, Vorbilder und Netzwerke verfügen.

Vor dem Hintergrund des mit dem demographischen Wandel einhergehenden Fachkräftemangel ist es wichtig, das Potenzial an zugewanderten Arbeits- und Fachkräften möglichst gut auszuschöpfen und zu erschließen. Für die unterschiedlichen Gruppen von Zugewanderten ergeben sich dabei unterschiedliche Herausforderungen, Rahmenbedingungen, Möglichkeiten und Handlungsansätze.

Sub-Handlungsfeld „Informationsvermittlung zu Ausbildung und beruflicher Bildung“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Bei Jugendlichen mit Migrationsgeschichte und insbesondere bei zugewanderten Jugendlichen ist das Wissen über Möglichkeiten und Vorteile einer Ausbildung oder beruflichen Bildung beim Abgang von der Schule vergleichsweise gering ausgeprägt. Häufig können ihnen ihre Eltern bei der Berufswahl und -vorbereitung nur wenig helfen. Chancen der beruflichen Bildung werden dadurch nicht wahrgenommen oder Jugendliche scheitern, weil sie unzureichend vorbereitet wurden.
- Zugewanderte Jugendliche entscheiden sich häufiger für eine schnelle Möglichkeit des Geldverdienens. Sie selbst und ihre Arbeitgeber sind über flexible Qualifizierungsoptionen wenig informiert und nutzen diese daher nicht.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Informationsvermittlung zu Ausbildung und beruflicher Bildung“	
Junge Menschen mit Migrationsgeschichte sind über Möglichkeiten und Vorteile der beruflichen Bildung und Ausbildung informiert und entwickeln Vorstellungen über ihren eigenen beruflichen Weg.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umsetzung und Weiterentwicklung eines während des Schulbesuchs beginnenden und in die duale Ausbildung oder berufliche Bildung hineinreichenden Übergangsmanagements ▪ Weiterführung der Berufsorientierung in der Schule durch Akteure der Arbeitsverwaltung ▪ Weiterführung von Initiativen der Kreisverwaltung, die jungen Menschen durch Betriebsbesuche Einblicke in Ausbildungsberufe bzw. Berufsfelder vermitteln und ihnen mögliche Perspektiven aufzeigen ▪ Ausweitung der Kooperation zwischen der Handwerkskammer und (berufsbildenden) Schulen zur frühzeitigen Information über Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten im Handwerk
Junge Menschen mit Migrationsgeschichte, Arbeitgeber und Bildungsträger prüfen, ob sich im konkreten Fall flexible Möglichkeiten der beruflichen Qualifizierung anbieten.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Information und Sensibilisierung von Jugendlichen, Arbeitgebern und Bildungsträgern über Möglichkeiten des Erwerbs von Teilqualifizierungen (z. B. als „Helfer/in“) als Einstieg und zur Vorbereitung auf eine Qualifizierung zu einem vollwertigen Ausbildungsberuf
Informationen über berufliche Möglichkeiten und freie Stellen kommen bei Menschen mit Migrationsgeschichte an.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufbau bzw. Nutzung neuer Informationskanäle und -wege, die stärker auf persönlicher Ansprache anstatt auf schriftlicher Kommunikation beruhen.
Junge Menschen mit Migrationsgeschichte orientieren sich an erfolgreichen Ausbildungs- und Berufskarrieren von anderen jungen Menschen aus ihren Communities.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung eines Konzepts zur öffentlichkeitswirksamen Präsentation von Erfolgsgeschichten und/oder Rollenvorbildern im Hinblick auf die Ausbildungs- und Berufskarriere; Gewinnung von geeigneten Personen

Sub-Handlungsfeld „Unterstützung der Integration von angeworbenen Fachkräften“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Die von angeworbenen Fachkräften (z. B. im Pflegebereich) geforderten Deutschkenntnisse reichen für die Arbeitspraxis nicht immer aus. In solchen Fällen sind Angebote zur Vermittlung zusätzlicher Sprachkenntnisse (insbesondere arbeitsplatzbezogener Fachbegriffe) erforderlich.
- Für eine nachhaltige Integration von angeworbenen und generell zugewanderten Fachkräften ist nicht nur eine gute fachliche Einarbeitung wichtig. Damit sich Fachkräfte in ihrer neuen Heimat wohl fühlen und sich für ein Bleiben entscheiden, sind auch soziale, kulturelle und emotionale Faktoren wichtig. Eine aktive Thematisierung und Auseinandersetzung mit dem wechselseitigen „Kulturschock“ findet noch zu wenig statt.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Unterstützung der Integration von angeworbenen Fachkräften“	
Im Ausland angeworbene und generell zugewanderte Fachkräfte finden bei Bedarf Angebote zur Erweiterung ihrer (berufsbezogenen) Deutschkenntnisse vor.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiterführung und Unterstützung von Initiativen, die für zugewanderte Fachkräfte Sprach- und Alltagsunterstützung leisten
Die sozialen, kulturellen und emotionalen Bedingungen für eine nachhaltige Integration von zugewanderten Fachkräften werden berücksichtigt.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Thematisierung der Bedeutung der sozialen, kulturellen und emotionalen Aspekte für eine nachhaltige Integration und Entwicklung von Ansatzpunkten, wie diesen Rechnung getragen werden kann

Sub-Handlungsfeld „Erschließung des Arbeitskräftepotenzials von Zugewanderten“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Auch im Landkreis haben Unternehmen zunehmend Schwierigkeiten, benötigte Fachkräfte zu finden. Gleichzeitig werden Personalressourcen von Zugewanderten, deren Ausbildung und berufliche Integration an zu geringen Deutschkenntnissen scheitert, noch zu wenig genutzt. Ein weiterer Hemmfaktor für die Beschäftigung von potenziell in Frage kommenden Zugewanderten kann deren unsicherer aufenthaltsrechtlicher Status sein.
- Es gibt im Rahmen der Arbeitsverwaltung eine breite Palette von Instrumenten und Fördermöglichkeiten zur Förderung der beruflichen Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte, die Unternehmen häufig nicht hinreichend bekannt sind.
- Initiativen zur Erschließung des Arbeitskräftepotenzials unter Menschen mit Migrationsgeschichte laufen ins Leere, wenn es nicht gelingt, die Zielgruppe mit entsprechenden Informationen und Angeboten zu erreichen. Auch Unternehmen finden bei der Suche nach geeigneten Bewerbern und Bewerberinnen häufig keinen Zugang in die jeweiligen Communities.
- Um das große Potenzial unter Menschen mit Migrationsgeschichte an einer Existenzgründung und ggfs. für Unternehmensnachfolgen auszuschöpfen und gleichzeitig das Risiko eines Scheitern zu mindern, ist eine gute Existenzgründungsberatung sinnvoll. Unter den

Teilnehmenden an entsprechenden Angeboten im Landkreis sind Menschen mit Migrationsgeschichte nur gering vertreten.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Erschließung des Arbeitskräftepotenzials von Zugewanderten“	
Arbeitgeber nutzen die bestehenden Unterstützungsangebote im Zusammenhang mit einer Beschäftigung von Auszubildenden mit Migrationsgeschichte.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiterführung der Informations- und Beratungsarbeit des Arbeitgeberservice von Arbeitsagentur und Jobcenter über die bestehenden Möglichkeiten und Instrumente ▪ Austausch über die Möglichkeit, verstärkt Praktika-Plätze anzubieten, um so das Potenzial und Entwicklungsbedarfe von Menschen mit Migrationsgeschichte festzustellen ▪ Nutzung der Betreuungs- und Unterstützungsmöglichkeiten der GBQ
Akteure der Verwaltung und der Privatwirtschaft entwickeln abgestimmte Ansätze zur Erschließung des Arbeitskräftepotenzials von Zugewanderten.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Durchführung von Veranstaltungen oder anderen Gesprächsformaten mit Arbeitgebern, Wirtschaftsförderung, Arbeitsverwaltung und Kammern zum Informationsaustausch und zur Entwicklung abgestimmter Ansätze zur besseren Erschließung des Arbeitskräftepotenzials von Zugewanderten ▪ Austausch mit Arbeitgebern zu Möglichkeiten eigener berufsbezogener Sprachkurse
Menschen mit Migrationsgeschichte, die eine Existenzgründung beabsichtigen, haben Zugang zu einem Beratungsangebot.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einbindung von Kooperationspartnern, die eine Existenzgründungsberatung für diese Zielgruppe anbieten können.
Hemmnisse für Frauen hinsichtlich der Aufnahme einer Beschäftigung werden beseitigt.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaffung flexibler und erweiterter Optionen für eine Kinderbetreuung

3.5 Gesellschaftliche Partizipation und Teilhabe

Die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte ist ein wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft. Damit Menschen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können, müssen sie gleiche Zugangsmöglichkeiten und Chancen auf eine Partizipation erhalten. Ein wichtiges Feld, in dem gesellschaftliche Partizipation und Teilhabe stattfindet und Menschen sich aktiv in das Gemeinwesen einbringen, sind Vereine und Initiativen oder verschiedene Formen des bürgerschaftlichen Engagements.

Sub-Handlungsfeld „Teilnahme und Beteiligung an Vereins- und Freizeitangeboten“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Wenn zugewanderte Familien nur wenig Deutsch sprechen, haben sie auch nur wenige soziale Kontakte außerhalb ihrer Communities. Vereine oder andere regelmäßige Angebote zur Freizeitgestaltung können eine Möglichkeit sein, soziale Kontakte aufzubauen und

Deutschkenntnisse zu verbessern. Zugewanderten Menschen ist allerdings die breite Palette an Sportangeboten, Möglichkeiten der Vereinsarbeit und anderen organisierten Freizeitmöglichkeiten häufig nicht bekannt. Es ist oft schwierig, Ansprechpersonen für Angebote herauszufinden.

- Zugewanderte Menschen fühlen sich von Sport- und anderen Vereinsangeboten nicht immer angesprochen oder haben Hemmungen, aus eigener Initiative den Zugang zu den sie interessierenden Angeboten zu suchen.
- Eine geringe Mobilität im ländlichen Raum (z. B. ein stark eingeschränkter ÖPNV an Wochenenden) beschränkt die Möglichkeiten einer Beteiligung an Freizeitangeboten außerhalb der eigenen Gemeinde.
- Mitgliedsgebühren in Vereinen oder andere Kosten für Freizeitangebote können für Menschen mit geringen Einkünften eine Hürde sein. Fördermöglichkeiten sind oft nicht hinreichend bekannt.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Teilnahme und Beteiligung an Vereins- und anderen Freizeitangeboten“	
Zugewanderte (und andere) Personen können sich auf einfache Weise über bestehende Möglichkeiten der Beteiligung an Sportangeboten, anderen Formen der Vereinsarbeit oder anderen organisierten Freizeitmöglichkeiten informieren.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Nutzung niedrigschwelliger Möglichkeiten der öffentlichen Präsentation von bestehenden Sportangeboten, anderen Vereinsangeboten sowie anderweitig organisierten Freizeitangeboten ▪ Aufbereitung und Verbreitung von Übersichten zu Vereins- und Freizeitangeboten einschließlich Ansprechpersonen ▪ Vermittlung von Zugängen über vernetzte Angebote von Kitas, Schulen und Vereinen
Menschen mit Migrationsgeschichte fühlen sich von den Vereins- und Freizeitangeboten angesprochen.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung von neuen Ansprachekonzepten alternativ zu Flyern und ähnlichem Informationsmaterial ▪ Gezielte Einladung zu Veranstaltungen und Angeboten von Vereinen ▪ Aktive Ansprache von Menschen mit Migrationsgeschichte im eigenen sozialen Umfeld (Nachbarschaft, Arbeitsplatz) zur Motivierung potenziell interessierter Personen
Für Menschen mit geringen Einkommen sind die Mitgliedsbeiträge kein Hindernis für eine Nutzung eines Vereins- oder Freizeitangebots.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbreitung von Informationen über Zuschussmöglichkeiten ▪ Austausch mit Vereinen und Anbietern von Freizeitmöglichkeiten über Möglichkeiten vergünstigter Beiträge
Rahmenbedingungen für eine Teilnahme von jungen Menschen (mit Migrationsgeschichte) zu Freizeit- und Beteiligungsangeboten sind verbessert.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gezielte Information und Motivation von Eltern und Schülern/Schülerinnen zu Beteiligungsangeboten für Kinder und Jugendliche ▪ Entwicklung von Mobilitätsangeboten

Sub-Handlungsfeld „Zugänge zu schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Um im persönlichen Kontakt Orientierung, Unterstützung und Beteiligungsmöglichkeiten anbieten zu können, müssen Zielgruppen erreicht werden. Wenn (junge) Menschen nicht mehr in verbindlichen Institutionen wie Schule oder Berufsschule angetroffen werden können, ist diese Erreichbarkeit sehr viel schwieriger.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Zugänge zu schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen“	
Potenzielle Adressaten und Adressatinnen von Unterstützungs- und Beteiligungsangeboten, die nicht über Institutionen erreicht werden, erfahren über andere Wege von entsprechenden Angeboten.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaffung neuer Formen der Kontaktaufnahme an häufig aufgesuchten Ort zur Information und Vermittlung von Angeboten

3.6 Gesellschaftlicher Status von Frauen, Geschlechterrollen

Bezogen auf Frauen kann der Integrationsprozess mit spezifischen Herausforderungen verbunden sein. Dazu zählen u. a. Sprachbarrieren, der Mangel an einer geeigneten Betreuungsinfrastruktur für Kinder, für deren Versorgung häufig Frauen zuständig sind, sowie fortbestehende Geschlechterrollen und Stereotype, die für Frauen mit geringeren Spielräumen für eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe verbunden sein können. Darüber hinaus sind Frauen wesentlich häufiger als Männer von Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen betroffen.

Sub-Handlungsfeld „Teilnahme von Frauen an Deutschkursen“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Zugewanderte Frauen nehmen seltener an Deutschkursen teil als zugewanderte Männer. Gründe sind u. a. fehlende Begleitangebote zur Kinderbetreuung sowie zum Teil auch Vorbehalte von Ehemännern oder Familien gegenüber einer Kursteilnahme von Frauen ohne männliche Begleitung.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Teilnahme von Frauen an Deutschkursen“	
Frauen mit Migrationsgeschichte nehmen genauso häufig an Deutschkursen teil wie Männer mit Migrationsgeschichte.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbesserung der Rahmenbedingungen von Deutschkursen (z. B. Angebot einer Kinderbetreuung; flexible Kurszeiten, die sich mit zeitlichen Freiräumen besser vereinbaren lassen) ▪ Verknüpfung von Freizeitangeboten für Kinder mit einem niedrigschwelligen Sprachtreff-Angebot für Mütter

Ziele	Maßnahmen
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung und Umsetzung von Gruppenangeboten, die kreative oder kulinarische Inhalte mit der Gelegenheit zur Einübung der deutschen Sprache verbinden ▪ Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen, die eine Arbeitsgelegenheit und einen Sprachkurs kombinieren ▪ Vertrauensaufbau bei Ehemännern und Familien mit Vorbehalten gegenüber einer Sprachkursteilnahme von Frauen ▪ Verdeutlichung der Geltung von Werten und Regeln bezüglich einer Gleichberechtigung der Geschlechter auch in Bezug auf den Deutschkursbesuch

Sub-Handlungsfeld „Ermutigung von Frauen zur Berufstätigkeit“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- In der öffentlichen Berichterstattung begegnet man nur selten Beispielen von erfolgreichen Frauen mit Migrationsgeschichte in der Arbeitswelt, die als Rollenvorbilder dienen und eine Identifizierung ermöglichen können.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Ermutigung von Frauen zur Berufstätigkeit“	
Frauen mit Migrationsgeschichte fühlen sich von erfolgreichen Rollenvorbildern zur Entwicklung eigener beruflicher Perspektiven motiviert.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaffung von Formaten und/oder Foren, die sich für eine Darstellung von erfolgreichen Frauen mit Migrationsgeschichte im Landkreis eignen ▪ Klärung, ob und in welcher Form potenziell in Frage kommende Frauen in solchen Formaten/Foren mitwirken

Sub-Handlungsfeld „Niedrigschwellige Möglichkeiten des Austausches“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Im Landkreis gibt es keine niedrigschwelligen Orte, in denen sich Frauen mit (und ohne) Migrationsgeschichte ohne spezifischen Anlass treffen und sich austauschen sowie bei dieser Gelegenheit ggfs. auch Rat suchen können.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Niedrigschwellige Möglichkeiten des Austausches“	
Primär für Frauen mit Migrationsgeschichte mit wenigen Gelegenheiten zu sozialen Kontakten sind niedrigschwellige Treffpunkte eingerichtet, an denen sie sich ohne spezifischen Anlass treffen und austauschen können.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Auswahl von geeigneten Räumlichkeiten ▪ Klärung organisatorischer und finanzieller Fragen ▪ Entwicklung und Umsetzung eines tragfähigen Konzepts für den Betrieb eines niedrigschwelligen Treffpunkts für Frauen

Ziele	Maßnahmen
Primär Frauen mit Migrationsgeschichte nehmen punktuell stattfindende Angebote wahr, die Handarbeiten, künstlerische oder andere Aktivitäten mit der Möglichkeit des Austausches verbinden	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klärung der Anbieter ▪ Entwicklung und Umsetzung konkreter Angebote

Sub-Handlungsfeld „Frauen mit Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Eine beträchtliche Anzahl von geflüchteten Frauen hat im Herkunftsland, auf der Fluchtroute oder auch in Deutschland Gewalt erfahren. Betroffene Frauen benötigen Schutz und Angebote der Beratung und Unterstützung.
- Frauen mit Migrationsgeschichte, die diskriminierendes Verhalten erfahren haben, benötigen unterschiedliche (u. a. rechtliche und ggfs. psychologische) Beratungsangebote.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Frauen mit Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen“	
Für Frauen, die traumatische Erlebnisse und/oder Diskriminierung erfahren haben, gibt es spezifische Beratungsangebote.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bestandsaufnahme von bestehenden Beratungsangeboten, inwieweit eine Beratung mit diesem Fokus besteht oder geschaffen werden könnte.

3.7 Gesundheit und Pflege

Gesundheit und ein umfassendes Wohlbefinden sind eine zentrale Voraussetzung für die Integration in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt sowie für eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Insbesondere bei Neuzugewanderten können sprachliche und soziale Barrieren sowie eine fehlende Orientierung im Gesundheitssystem zu einer geringeren Inanspruchnahme von Leistungen führen. Aufgrund von demographischen Faktoren wird die Anzahl pflegebedürftiger Menschen mit Migrationsgeschichte in den nächsten Jahren stark ansteigen. Die Versorgungssysteme müssen sich daher auf eine zunehmende Diversität von Menschen und deren Bedürfnissen einstellen. Menschen mit Migrationsgeschichte, die bei einer Pflegebedürftigkeit seltener Pflegeeinrichtungen nutzen und häufiger eine Pflege in der Familie organisieren, werden von Beratungs- und Unterstützungsleistungen seltener erreicht.

Sub-Handlungsfeld „Orientierung im Gesundheitssystem“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Für Neuzugewanderte ist es oft schwierig, sich im Gesundheitssystem mit seinem breiten Spektrum an Gesundheitsleistungen zurechtzufinden. Ansprüche und Verfahrenswege sind häufig nicht bekannt. Sprachbarrieren und Hemmungen sind weitere Zugangshürden.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Orientierung im Gesundheitssystem“	
Menschen mit Migrationsgeschichte verfügen über Gesundheitskompetenz.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zusammenstellung von mehrsprachig verfügbaren Informationen über das Gesundheitssystem und Gesundheitsleistungen in Deutschland ▪ Entwicklung bzw. Nutzung von digitalen Formaten und Wegen für eine Verbreitung von gebündelten Informationen ▪ Erhebung von Informationen über ggfs. im Landkreis bestehende Wissenslücken und Bedürfnisse im Gesundheitsbereich ▪ Klärung von Kooperationsmöglichkeiten mit Ärzten zur Verbreitung von Gesundheitsinformationen

Sub-Handlungsfeld „Zugang zu Gesundheitsleistungen“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Bei einer insgesamt bestehenden Unterversorgung an Ärztinnen und Ärzten ist es für zugewanderte Menschen aufgrund von u. a. sprachlichen Hürden und einer Unsicherheit in Bezug auf die üblichen Verfahrenswege oft schwierig, einen Zugang zum medizinischen Versorgungssystem zu finden.
- Insbesondere Gesundheitsleistungen zur Prävention und Rehabilitation werden von der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte insgesamt seltener in Anspruch genommen.
- Für den Bedarf von Geflüchteten an psychologischer Beratung vor dem Hintergrund von Erlebnissen im Herkunftsland und auf der Fluchtroute gibt es kein ausreichendes Angebot.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Zugang zu Gesundheitsleistungen“	
Menschen mit Migrationsgeschichte finden leichter Zugang zu den Regelangeboten und -leistungen des Gesundheits- und psychosozialen Versorgungssystems.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Initiativen zur generellen Verbesserung der Versorgungssituation im Gesundheitsbereich. ▪ Klärung der Ansatzpunkte für eine spezifische Verbesserung des Zugangs von Zugewanderten zu medizinischen und psychosozialen Leistungen.

Sub-Handlungsfeld „Information und Beratung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Informationen und Beratungsmöglichkeiten zur präventiven Frage, wie man im hohen Alter möglichst lange selbstbestimmt leben kann, werden für die Bevölkerung mit Migrationsgeschichte immer wichtiger. Auch in dieser Bevölkerungsgruppe verringert sich die Bedeutung des Familienverbands für die Sorge für und Pflege von älteren Familienmitgliedern angesichts sich verändernder Rahmenbedingungen (häufigere Erwerbstätigkeit von Frauen, kleine Wohnungen, räumliche Entfernungen zwischen Familienmitgliedern). Allerdings wer-

den Menschen mit Migrationsgeschichte seltener mit entsprechendem (schriftlichen) Informationsmaterial erreicht.

- Die Zielgruppe geförderter Informations- und Beratungsangebote sind Menschen in einem bereits sehr hohen Alter. Die Information über solche Angebote sollte früher einsetzen, zumal die Pflegebedürftigkeit von Menschen mit Migrationsgeschichte statistisch gesehen (u. a. aufgrund von Unterschieden in der Art der Erwerbstätigkeit) in einem früheren Alter beginnt als in der Gesamtbevölkerung.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Information und Beratung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter“	
Menschen mit Migrationsgeschichte nehmen Informations- und Beratungsangebote zum selbstbestimmten Leben im Alter wahr und bei Bedarf in Anspruch.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klärung von Möglichkeiten einer Kooperation mit Hausärztinnen und -ärzten, Moscheevereinen und Migrantenorganisationen und ggfs. weiteren Akteuren bezüglich einer Weitergabe von Informationen.

Sub-Handlungsfeld „Orientierung über das Pflegesystem und Pflegeleistungen“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- Personen mit Migrationsgeschichte werden von Informationen über das Pflegesystem und Pflegeleistungen unzureichend erreicht.
- Angesichts einer generellen Unterversorgung an ambulanten und stationären Pflegeangeboten spiegeln pflegende Angehörige auch in der insgesamt älter werdenden Bevölkerung mit Migrationsgeschichte eine wichtige Rolle. In dieser Zielgruppe sind Unterstützungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige weniger bekannt.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Orientierung über das Pflegesystem und Pflegeleistungen“	
<p>Menschen mit Migrationsgeschichte sind über das Pflegesystem und Pflegeleistungen gut informiert.</p> <p>Menschen mit Migrationsgeschichte nehmen Beratungsmöglichkeiten über Pflegeprävention sowie über Alltagshilfen und Entlastungsangebote stärker in Anspruch.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Identifizierung und Nutzung von verbreiteten Informationskanälen von Menschen mit Migrationsgeschichte für die Vermittlung von Informationen über das Pflegesystem ▪ Einrichtung von niedrighwelligen Gesprächsformaten für die Information und den Austausch über das Thema, für die geeignete Multiplikatoren mobilisieren ▪ Weitergabe von Informationen über das Thema Pflege durch die Schulsozialarbeit und Schulen mit einem Profil „Gesundheit“

Sub-Handlungsfeld „Kultursensible Pflege“

In den Workshops wurden im Wesentlichen folgende Herausforderungen genannt:

- In den pflegerischen Tätigkeitsbereichen ist das Wissen über praxisrelevante kulturelle Aspekte und Handlungsansätze kultursensibler Pflege unterschiedlich gut verbreitet.
- Abgesehen vom generell steigenden Personalbedarf in der Pflege wächst speziell der Bedarf an mehrsprachigen Pflegefachkräften, da Personen mit Demenz in die Sprache ihrer Kindheit zurückfallen und die später erlernte Sprache vergessen.

Folgende Ziele und Maßnahmen wurden formuliert:

Ziele	Maßnahmen
Sub-Handlungsfeld „Kultursensible Pflege“	
Das in der Pflege tätige Personal verfügt über praxisbezogene Kenntnisse zu Aspekten der kultursensiblen Pflege.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Nutzung des Wissens von Lehrenden, Lernenden und Fachkräften im Bereich der Pflege über kulturelle Unterschiede im Verständnis von Pflege und der praktischen Ausübung von pflegerischen Tätigkeiten
In der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte werden vorhandene Potenziale für eine Ausbildung oder Tätigkeit in Pflegeberufen genutzt.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Analyse der Möglichkeiten und Erfolgsaussichten, in der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte für eine Ausbildung in Pflegeberufen gezielt zu werben ▪ Organisation von Besuchen in Pflegeeinrichtungen im Rahmen von Maßnahmen zur Berufsorientierung an Schulen

4 Planungs- und Koordinationsstruktur

Der vorliegende Integrationsleitfaden benennt vordringliche Ziele der Integrationsarbeit sowie übergeordnete Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele. Als Grundlage für eine praktische Umsetzung bedarf es einer weiteren Konkretisierung. Angesichts der sich dynamisch verändernden Rahmenbedingungen, Ressourcen, Akteuren, Prioritäten sowie weiteren Einflussfaktoren auf die Gestaltung der Integrationsarbeit sind dafür kürzere Planungszyklen erforderlich.

Der Integrationsleitfaden sieht daher vor, dass zu diesem Zweck ein Arbeitskreis für jedes der Handlungsfelder gebildet wird, der (mindestens) einmal pro Jahr zusammenkommt. Die Arbeitskreise können sich aus den an der Erstellung des Integrationsleitfadens beteiligten Personen wie auch aus weiteren Personen mit entsprechender Fachexpertise innerhalb und außerhalb der Verwaltung zusammensetzen. Zu den Aufgaben der Arbeitskreise gehört es zum einen, konkrete Aktivitäten, Verantwortlichkeiten und Terminierungen entweder bereits festzulegen – soweit diese den eigenen Verantwortungsbereich betreffen – oder aber dies als Anregung zu formulieren und mit den potenziell dafür zuständigen Akteuren abzustimmen. Die Aufgabe der Arbeitskreise beinhaltet zum anderen, eine Rückschau auf den zurückliegenden Planungszeitraum vorzunehmen und dabei die Umsetzung von seinerzeit geplanten Aktivitäten und die Erreichung von erwarteten Veränderungen zu bewerten. Aus den identifizierten Faktoren für Fortschritte und ausgebliebene Fortschritte sollen dann wiederum Schlussfolgerungen für die Planung von Aktivitäten für das Folgejahr vorgenommen werden.

In Ergänzung zu den Arbeitskreisen sieht der Integrationsleitfaden eine koordinierende Stelle in der Kreisverwaltung vor, die die Sitzungen der Arbeitskreise organisatorisch vorbereitet, an den Sitzungen teilnimmt sowie bei der Initiierung, Abstimmung und ggfs. Umsetzung von geplanten Aktivitäten unterstützt. Ferner soll diese koordinierende Stelle zwischen den Sitzungen der Arbeitskreise für Fragen und Anregungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Integrationsleitfadens ansprechbar sein, Kooperationsnetzwerke aufbauen sowie gegenüber den kommunalen Gremien über den Stand der Umsetzung des Integrationsleitfadens berichten.